

Windkraftanlagen in der Region Stuttgart.

Stephan Köthe
Regionalrat im Verband Region Stuttgart (VRS)
Schriftführer der AfD/FR-Fraktion



Positionierung der AfD/FR-Fraktion bezüglich Einsatz von Windkraftanlagen in der Region Stuttgart:

Die Bundesregierung hat entschieden: Bis Ende 2032 müssen die Länder 1,8 Prozent der Landesfläche für die Windenergie ausweisen. Für die Region Stuttgart bedeutet das die Ausweisung von mindestens 65 km² (das entspricht 9100 Fußballfelder) - genug Platz für bis zu 6000 Windkraftanlagen, welche bereits heute 240 Meter hoch sein können (an höheren Anlagen wird gearbeitet)!

Zum Vergleich: Der Stuttgarter Fernsehturm ist 216 Meter hoch!

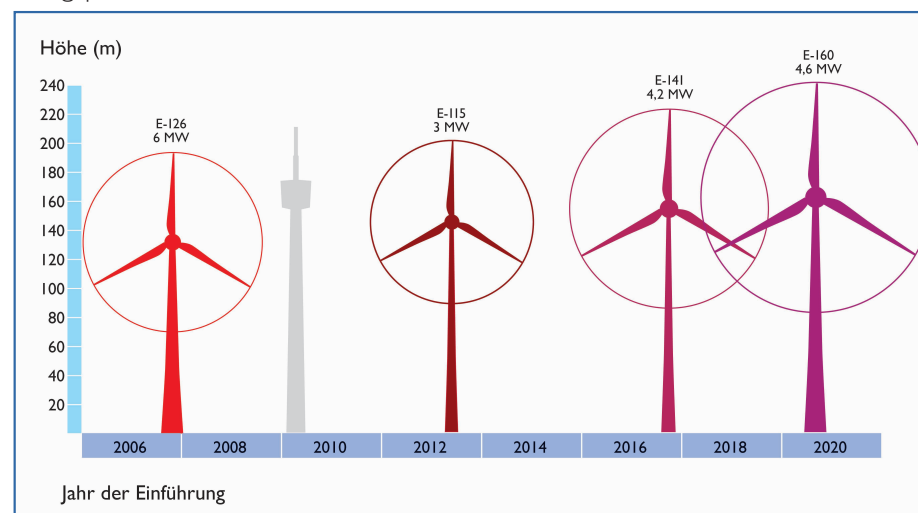
Die Bundesregierung droht: wird das Flächenziel nicht erreicht, werden landesspezifische Abstandsregeln außer Kraft gesetzt. Auch die Außerkraftsetzung von Bebauungsplänen bzw. die Umwidmung von Flächen für die Nutzung von Windkraft ist ein mögliches Drohszenario.

Der Einsatz von Windkraftanlagen in der Region Stuttgart kann aber in unserer dicht-besiedelten und zugleich windschwachen Region, keinen Beitrag zu einer sicheren Energieversorgung leisten. Die energetische Ausbeute ist zu gering, um die Kosten, den Verbrauch an Flächen und Material und die Zerstörung unserer Natur zu rechtfertigen. Zudem können Windkraftanlagen ohne Energiespeicher keinen Beitrag zur Versorgungssicherheit liefern!

AfD-/FR-Fraktion im VRS spricht sich daher gegen die Errichtung neuer Windkraftanlagen in unserer Region aus. Die Übergriffigkeit der Bundesregierung auf die Planungshoheit der Länder, Regionen und Kommunen widerspricht unserer föderalen Ordnung und ist abzulehnen.

Die AfD-/FR-Fraktion im VRS wird sich für eine breite Bürgerbeteiligung einsetzen.

Erhalten wir unsere Kulturlandschaft für uns und die nachfolgenden Generationen!



Impressum:
V.i.S.d.P. AfD/FR-Fraktion
im Regionalverband Region Stuttgart
Stephan Wunsch, Fraktionsvorsitzender
Kronenstraße 25
70174 Stuttgart

Telefon: (0711) 7585184
Telefax: (0711) 7585185
Webseite: <http://afd-vrs.de>
Alle Stockfotos Pixabay.
Gedruckt auf 170g Recyclingpapier



REGIONAL aktuell

der AfD/FR-Fraktion



Der Kompetenz- rahmen der Regionalräte im Regionalverband.

Die Aufgaben des Regionalverbandes als politische Ebene zwischen Kommunen einerseits und Landesregierung andererseits beschränken sich gesetzlich geregelt strikt auf regionale Sachthemen. Die sogenannte „große Politik“ findet auf Bundes- und Europaebene statt. Bei Fragen wie z.B. Migration, Verteidigung, Energiepolitik, Sozialpolitik usw. hat der Verband keinerlei Mitspracherecht.

Man sollte daher annehmen, dass sich vor diesem Hintergrund alle gewählten Regionalräte auf die ihnen zugewiesene Kompetenzen beschränken und in diesem Rahmen sachlich zusammenarbeiten. Dies ist nicht der Fall. Seit 2014 bin ich Mitglied der Regionalversammlung und stelle seither fest, dass zwar gelegentlich die Fraktionen von CDU, FW, FDP, SPD, GRN und SED in unterschiedlicher Zusammensetzung gemeinsame Anträge stellen, aber niemals mit der AfD/FR.

Dieses wenig demokratische Gebaren basiert, so wurde mir von Mitgliedern anderer Fraktionen bedeutet, nicht auf sachlichen Gründen. Etwa einem indiskutablen Auftreten der Mitglieder oder der Arbeit der Fraktion AfD/FR, sondern auf den Anordnungen aus den Parteizentralen, auf keiner Ebene mit der AfD zusammenzuarbeiten, völlig egal um welche Sachfrage es geht.

Die leider teilweise nachvollziehbaren Vorbehalte, die sich die AfD andernorts und auf anderen Ebenen selbst erarbeitete, die aber insbesondere bereits seit der Parteigründung von einem Abwehrkartell aus allen anderen Parteien und den meisten Medien geschürt wurden, tragen also auch im Regionalverband faule Früchte. Die Verwaltung ist hiervon klar und deutlich positiv auszunehmen; wir wurden von ihr stets mit professioneller Neutralität behandelt!

Es wird daher für die Mitglieder der im Juni 2024 zu wählenden neuen Fraktion ratsam sein, wie die bisherige auch weiterhin strikt sachlich, höflich und im Rahmen der Zuständigkeiten zu arbeiten. Um diese Vorbehalte nach und nach auszuräumen und zu einer normalen Sacharbeit mit anderen Fraktionen zu gelangen. Welche das dann sein könnten, dürfte offensichtlich sein.

Denn klar ist für mich auch: auch der Regionalverband braucht weiterhin eine politische Stimme, die sich positiv von dem Einheits-Gebrabbel der älteren Parteien abhebt. Die anders als diese eine optimistische Erzählung aufbaut, nicht einstimmt in die Panikschürerei wegen Pandemien, dem Klima, dem Ukraine-Krieg oder sonstiger Dinge, die überhaupt nichts mit der Zuständigkeit des Regionalverbandes zu tun haben – aber von den Vertretern der anderen Fraktionen immer mal wieder in ihren Reden thematisiert werden.

Es ist ein langer Weg zu gehen für die AfD-Fraktion, und Politik zu machen auf dieser Ebene ist systembedingt langwierig, mühselig, viel Klein-Klein und wenig prestigeträchtig. Aber auch: unterhaltsam, spannend und vielseitig. Wenn man ehrliches Interesse an kommunaler und regionaler Politik hat und die erforderliche Zeit aufbringen kann. Politik soll ja auch Spaß machen, ich wünsche den künftigen Mitgliedern der Fraktion viel Spaß und Erfolg.

Stephan Wunsch,
Fraktionsvorsitzender der AfD/FR-Fraktion



Der Planungsausschuss zwischen Fachausschuss (für Planungen) und ideologischer Verblendung.

Liebe AfD-Mitglieder und -Freunde, 19 Jahre bin ich Regionalrat, von 1999 bis 2014 für die Freien Wähler, seit 2019 für die AfD. Und auch seit 2019 Sprecher meiner Fraktion im Planungsausschuss. Als ich 1999 ins Regionalparlament gewählt wurde, war der Verband Region Stuttgart erst vor 4 Jahren gegründet worden und seine 3 Ausschüsse (Planung, Verkehr, Wirtschaft und Verwaltung) orientierten sich noch an ihren ureigensten Aufgaben.

Für den Planungsausschuss (er tritt ca. 10 Mal im Jahr zusammen) bestand 1999 die Hauptaufgabe in der Erstellung der Regionalplanung (abgeleitet aus dem Landesentwicklungsprogramm) sowie bei der Überprüfung/Überwachung der Einhaltung dieser Vorgaben in der örtlichen Bauleitplanung (Flächennutzungs- und Bebauungsplanung). Gestritten wurde auch, besonders B90/Grüne und Teile der SPD kämpften damals gegen zusätzliche Wohnbauflächenausweisungen und der Regionalplan von 2009 sah dann auch konsequent ein maximales Bevölkerungswachstum (für die gesamte Region) von max. 80000 Personen in den nächsten 10 Jahren vor (das bedeutete bis 2019).

Eine zusätzliche Ideologisierung und „Aufgabenmehrung“ gab es nach dem Merkelschen Atomausstiegsdiktat vom März 2011. Auch CDU und FDP entdeckten ihre Vorliebe zur alternativ-regenerativen Energiegewinnung – und der Planungsausschuss hatte ein neues ideologisches Betätigungsfeld. Die Suche und Ausweisung von angeblich für Windkraftanlagen taugliche Standorte begann. Ein Ergebnis war der Windatlas von 2011, der aber oftmals überarbeitet werden musste und auch der von 2019 ist nicht unumstritten und fehlerfrei.

Heute ist max. die Hälfte der Sitzungszeit für die ursprünglichen Aufgabenbereich des Planungsausschusses. Mehr bestimmen Themen wie Artenschutz und Freiflächenphotovoltaik, Stadtregionale Ausgleichsstrategien als Motor einer nachhaltigen Landnutzung, Regionalplanung und Regionalentwicklung als gesellschaftspolitischer Prozess,

Bericht vom Fachtreffen „planerische Strategien zur Begleitung von gewerblichen und industriellen Transformationen in europäischen Regionen“ (Auswahl aus den Sitzungen diesen Jahres) die Sitzungszeit und die Tagesordnung. Wobei noch anzumerken ist: nicht nur die Linke und Pirat, B90/Grüne, SPD stellen solche Anträge und freuen sich über solche Themen, auch FDP und CDU sind mit „grünen“ Anträgen dabei und stellen oft mit B90/Grüne und SPD gemeinsame Anträge aus „grün-alternativem“ Gedankengut.

Und die AfD-Fraktion: die argumentiert konsequent dagegen, hält die Flagge der Vernunft und der Sachlichkeit hoch. Mit unseren 3 Vertretern (bei 31 Mitgliedern) im Planungsausschuss sind wir der Stachel im Fleisch des Zeitgeistes und zwingen die anderen (besonders die „bürgerlichen“) Fraktionen immer wieder, sich mit der Realität auseinanderzusetzen.

Fazit für mich: wenn ich im Herbst 2024 aus dem Regionalparlament ausscheide und in mein geliebtes Oberbayern ziehe, werde ich sagen können, ich habe es mit vollem Engagement und gern gemacht. Für die Vernunft und die vernünftigen Bürger in unserer Region.

Dipl.-Ing. Univ. Joachim Hülscher BM a. D.
Stellv. Fraktionsvorsitzender
der AfD-Regionalfraktion



KI-Allianz: Chancen und Risiken.



Die Künstliche Intelligenz (KI) ist zweifellos eine der wegweisendsten Technologien unserer Zeit. In Baden-Württemberg hat die Gründung der KI-Allianz einen Meilenstein gesetzt, der die Zukunft der Region maßgeblich prägen wird, um den Herausforderungen der digitalen Ära gewachsen zu sein und Wettbewerbsfähigkeit zu gewährleisten. Die Region Stuttgart hat sich schon immer durch ihren Pioniergeist und Innovationsdrang ausgezeichnet und die KI-Allianz Baden-Württemberg setzt diesen Trend fort, indem sie eine koordinierte und effiziente Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Politik sicherstellt. Sie fungiert als Katalysator für Fortschritt, indem sie Wissen und Ressourcen bündelt, um den Einsatz von KI in der Region voranzutreiben.

Die KI-Technologie verspricht eine Revolution in der Art und Weise, wie Menschen leben, arbeiten und interagieren. Beispielsweise kann KI-gestützte Diagnose und personalisierte Behandlung die Gesundheitsversorgung verbessern und die Lebensqualität der Bürger steigern. Autonome Fahrzeuge und intelligente Logistiksysteme sollen Verkehrsströme optimieren, während intelligente Fertigungslinien und vorausschauende Wartung die Industrieprozesse effizienter gestalten.

Die Vision der KI-Allianz erstreckt sich über die Grenzen Baden-Württembergs hinaus. Als Vorbild für andere Regionen und Länder kann sie als Brücke für den Austausch dienen, um gemeinsam an den Herausforderungen der Zukunft zu arbeiten. Bildung und Ausbildung sind entscheidend, um Fachkräfte auszubilden, die die KI verstehen und verantwortungsbewusst einsetzen können. Es ist wichtig, den Schülern und Studenten nicht nur technisches Know-how zu vermitteln, sondern auch ein Verständnis für die sozialen Auswirkungen von KI zu fördern. Ethik, Privatsphäre, Sicherheit und gesellschaftliche Folgen sollten als integraler Bestandteil der Ausbildung betrachtet werden.

Die ethischen Aspekte der KI dürfen nicht vernachlässigt werden, und die Entwicklung und Nutzung von KI-Systemen sollten transparent und demokratisch gestaltet werden. Die Technologie sollte so gestaltet sein, dass sie den Menschen dient und die Werte einer Gesellschaft respektiert. Hersteller und Entwickler sollten offenlegen, wie KI-Systeme arbeiten, welche Daten sie verwenden und wie Entscheidungen getroffen werden. Dies schafft Vertrauen und ermöglicht die Beseitigung von Bedenken der Bevölkerung durch Beteiligung, öffentliche Debatten und Regulierungsmechanismen. Die Entwicklung und Nutzung von KI-Technologien müssen so demokratisch gestaltet sein, dass sie keine Einzelinteressen dominieren können.

Insgesamt zeigt sich, dass die KI-Allianz und die regionale Zusammenarbeit in Baden-Württemberg die Grundlage für die Förderung von KI-Technologien in verschiedenen Sektoren bilden. Die Kooperation trägt dazu bei, die Chancen der KI zu nutzen, Herausforderungen anzugehen und die Zukunft positiv zu gestalten, ohne dabei die nötige Aufmerksamkeit für die Risiken zu vernachlässigen. Wenn wir es nicht machen, dann werden andere bei dieser Schlüsseltechnologie der Vorreiter sein. Deswegen hat die AfD-Gruppe bereits 2018 erfolgreich einen Antrag in der Regionalversammlung gestellt, um die Förderung eines KI-Zentrums in der Region voranzutreiben.



Daniel Lindenschmid
Regionalrat und MdL

Die Pflichtaufgaben – Nahverkehr, regionales Verkehrsmanagement, Regionalverkehrsplanung.

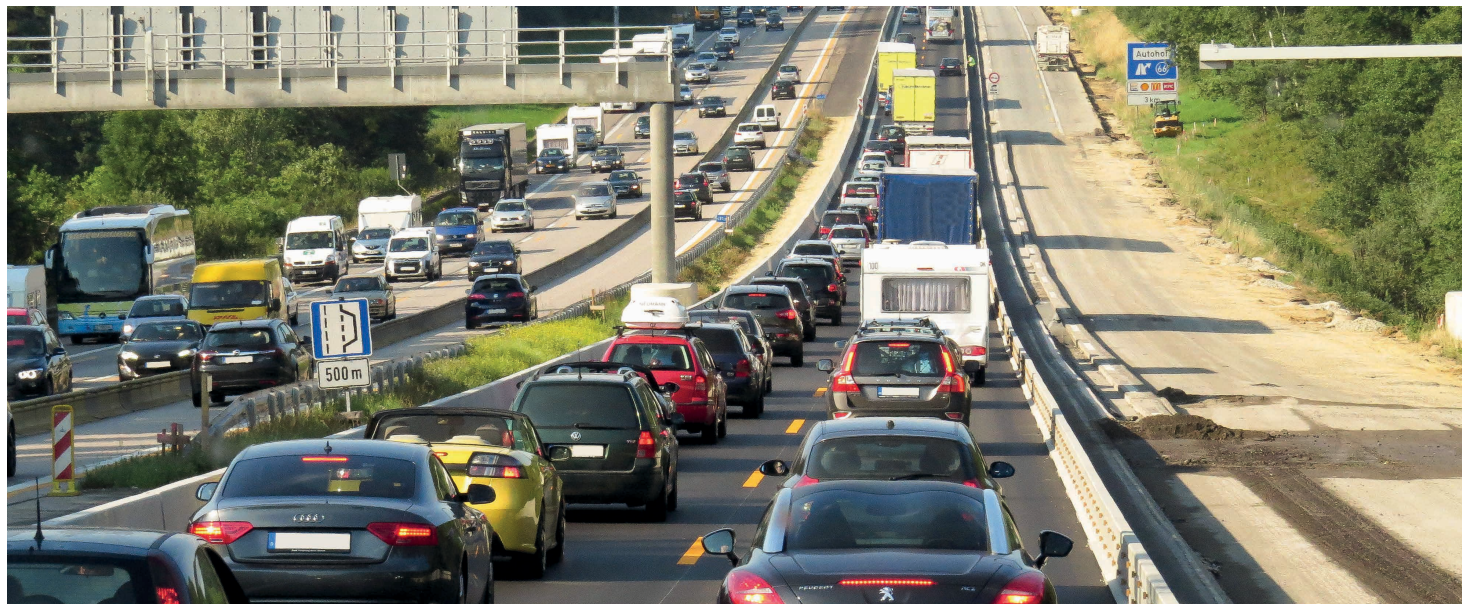
Klaus Mauch
Regionalrat



Die Region Stuttgart mit ihren Stadt/Landkreisen Stuttgart, Böblingen, Ludwigsburg, Esslingen, Göppingen und Waiblingen ist einer der bedeutendsten wirtschaftlichen und technologischen Standorte im ganzen Bundesgebiet, ja sogar europaweit. Unsere Fraktion, bestehend aus Mitgliedern der Alternative für Deutschland (AfD) und Freien Regionalräten (FR), setzt sich für den Erhalt und eine zukunftsorientierte wirtschaftliche, technologische und soziale Weiterentwicklung dieses Standortes ein.

Die Erhaltung und Förderung der hier in der Region und in unserem Land entwickelten Spitzentechnologien, die Sicherung des Wohlstandes der Menschen und des sozialen Friedens sind für uns zentrale Anliegen. Die Berücksichtigung umwelt- und klimapolitischer Ziele wird dabei nicht vernachlässigt, darf aber nicht dazu führen, dass unser Wirtschaftsstandort beschädigt wird.

Deutschland und die Region Stuttgart könnten eigentlich so etwas sein wie der Himmel auf Erden – eigentlich.



Die Menschen hierzulande sind arbeitsam, pragmatisch, sind innovativ und haben Unternehmergeist. In unserer Region haben zahlreiche global agierende Unternehmen ebenso ihren Sitz wie kleinere Hidden Champions und Weltmarktführer. Hier wurde nicht nur das Automobil und vieles mehr erfunden, die Region zählt laut einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft auch heute noch zu den innovativsten in Deutschland. Das alles sind grundsätzlich gute Voraussetzungen, um guten Mutes in die Zukunft zu blicken.

Doch seit einigen Jahren werden die Anstrengungen von Bürgern und Unternehmen immer stärker torpediert – und zwar von der eigenen Politik, auch hier in unserer Region. Statt die Grundlagen für dauerhaften Wohlstand und sozialen Frieden zu legen, verfolgt man seit Jahren eine völlig kopflose, von Ängsten und Ideologie getriebene Politik der Selbstdemontage. An oberster Stelle stehen hier Masseneinwanderung sowie Energie- und Verkehrswende.



Diese Bereiche verursachen enorme Kosten für den Bürger und haben kaum absehbare negative Folgen für unser Land. Aber auch in anderen Politikfeldern werden die

Folgen politischer Fehlentscheidungen immer sichtbarer, etwa bei der Bildung, der medizinischen Versorgung oder in verschiedenen sozialen Bereichen, etwa der Altersversorgung.

Für den Bürger verursacht diese falsche Politik hohe Kosten, Wohlstandsverluste, ein Minus an Lebensqualität sowie Einschränkungen in der persönlichen Freiheit. Nehmen wir den ideologischen Kampf gegen den Verbrennungsmotor:

Völlig unnötig bekämpft die Politik eine Antriebsform, die so effizient und umweltfreundlich ist wie nie.

Die deutschen Autobauer in unserer Region sind auf dem Gebiet des Verbrennungsmotors weltweit Spitze. Es gäbe mit synthetischen Kraftstoffen sogar eine CO₂-neutrale Alternative zu Benzin und Diesel. Dennoch hat das Europäische Parlament – ohne nennenswerte Gegenwehr der Regierung – mit der Entscheidung, ab 2035 keine PKW mit Verbrennungsmotor mehr neu zulassen zu wollen, de facto das Ende dieser Technologie eingeläutet. Während die großen Unternehmen ihre Produktion ins Ausland verlagern oder auf andere Geschäftsbereiche umstellen können, werden kleine und mittlere Automobilzulieferer schließen müssen. **Durch die Umstellung auf Elektromobilität sind in Deutschland allein bis 2023 über 200.000 Jobs bedroht. Daimler will in Untertürkheim 21 Prozent der Arbeitsplätze streichen.**



Die Kosten der Energiewende bekommen die Menschen in Deutschland allorten zu spüren: bei den Nebenkostenabrechnungen zu Hause sowie den massiv gestiegenen Kosten für Lebensmittel und bei so gut wie jedem anderen Produkt. In der Volkswirtschaftslehre spricht man hier mittlerweile von Greenflation, also „grüner Inflation“. Aber

auch diese Entwicklung bedroht Arbeitsplätze: steigen die Energiekosten, sinkt die Wettbewerbsfähigkeit der hiesigen Unternehmen.

Doch statt von der Energie- und Verkehrswende abzurücken, will die Politik bei der Transformation noch mehr Tempo machen – und regieren damit bis in den Heizungskeller jedes Hauses hinein.

Die Bahn kommt schon heute eher zufällig pünktlich, und trotzdem wird die Individualmobilität beschnitten wo es geht. Die Infrastruktur verfällt, wird kaum ausgebaut. Das sieht man auch in Bad Cannstatt mit den Neckarbrücken, die scheinbar nicht ausreichend gewartet wurden.



Die AfD/FR-Fraktion im Regionalverband steht für eine echte Alternative: Wir machen pragmatische Politik für den Bürger, keinen ideologischen Firlefanz. Schenken Sie uns bitte Ihr Vertrauen, damit wir diese wichtigen Projekte zum Wohle unserer Region und unseres Landes tätig werden können.

Der Green Deal der EU

Abwicklungsprozess regionaler Wirtschaftsstärke.



Der Green Deal der Europäischen Union ist nun in gewisser Weise das genaue Gegenteil dieser Befreiung wirtschaftlichen Handelns. Sich selbst deklariert dieser Green Deal als Wachstumsstrategie, mit der die EU den Übergang zu einer modernen, ressourceneffizienten und wettbewerbsfähigen Wirtschaft schaffen will, mit dem Ziel, im Jahr 2050 Netto keine Treibhausgase mehr freizusetzen.

Tatsächlich legt er den wirtschaftlich handelnden Akteuren aber sowohl auf der Angebots- als auch auf der Nachfrageseite ein enges Korsett aus Subventionen und Strafen an, das ihr ökonomisches Handeln beschränkt - von der Pflicht zur Nachhaltigkeitsberichterstattung über den Flottenverbrauch bis hin zum teuren Dämmzwang für Häuser. Die daraus resultierenden Anpassungsprozesse der Wirtschaftsakteure sind Anpassungsprozesse an ein künstlich geschaffenes Straf- und Belohnungsumfeld.

Auch wenn die Altparteien sich das gerne schönreden, tatsächlich haben diese Anpassungsprozesse mit echten Innovationsprozessen nichts zu tun, sondern stellen lediglich



den Versuch der Wirtschaft dar, sich in einem zunehmend schwierigeren Umfeld zurechtzufinden - natürlich auf Kosten des Verbrauchers, der bekanntlich am Ende der Kostenkette steht.

Erstaunlicherweise spricht die Verwaltung der Regionalversammlung selbst von den Gefahren für die wirtschaftliche Leistungskraft unserer Region. Unter der etwas harmlosen Überschrift "Herausforderungen für die Region Stuttgart und für Baden-Württemberg" heißt es da in ihrer Vorlage zur Transformation durch den Green Deal: "Der weltweit wettbewerbsfähige Automotive-Cluster in der Region Stuttgart steht unter hohem Transformationsdruck."

Funktionierende Wertschöpfungsketten sind gefährdet." Und weiter "die hohe Innovationsfähigkeit und die hohe Wertschöpfung sind in Gefahr und damit die Rolle als eine der wirtschaftlichen Lokomotiven der EU".

Verwaltung und Altparteien der Regionalversammlung stehen aber trotz der selbst genannten Gefahren immer noch unbeirrt hinter dem europäischen Green Deal. Stattdessen setzt man allen Ernstes auf die europäische Förder- und Beihilfepolitik. Die Wirtschaftsregion Stuttgart soll an den Fördertopf der EU und folglich in das Korsett aus Subventionen und Strafen der EU gezwängt werden. Statt auf wirtschaftlichen Erfolg darf die Region dann zukünftig auf Transformationsgeld hoffen. Das verspricht rosige Aussichten.



Besonders frapierend wird diese willentliche Aufgabe eigener wirtschaftlicher Stärke im Angesicht eines internationalen Umfelds, bei dem man davon ausgehen darf, dass wirtschaftliche Konkurrenzstaaten jede Technologietransformation unter dem Primat der rein ökonomischen Stärke, frei von jeder Dogmatik und rein instrumentell nutzen werden.

Im Endeffekt haben die allermeisten Konkurrenzstaaten ein hochflexibles und undogmatisches Verhältnis zu allen Technologien im Sinne ihrer rein ökonomischen Leistungsfähigkeit entwickelt.

Das unterscheidet sie vom speziell in Deutschland grassierenden Klimawahn. Das geht selbstverständlich bis in die europäische Binnenkonkurrenz hinein, und man darf sich schon fragen, inwieweit sich Deutschland bereits auf dieser Ebene mit seiner ökologischen Musterschülerrolle selbst ins Knie schießt.



Die Naivität der Regionalversammlung ist offenkundig grenzenlos, wenn diese ernsthaft davon ausgeht, dass Hegemonialstaaten wie USA, China, Indien und Russland ihre ökonomische und - direkt daran geknüpft - ihre militärische Vormachtstellung ernsthaft von ihrer CO₂-Bilanz abhängig machen könnten.

Man kann nur hoffen, dass der gute Wille der Region nicht enttäuscht wird, wenn diese auf die weltweiten ökonomischen Realitäten trifft, in denen besagte CO₂-Bilanz eben nur ein Kampfbegriff um die wirtschaftliche Vormachtstellung ist. Am Ende darf man sich auch einmal getrost die Frage stellen, was eine Regionalversammlung für einen Sinn hat, die der konsequenten Abwicklung der eigenen Stärke implizit zustimmt, weil sie einem realitätsblinden Dogma folgt, das die wirtschaftliche Entkernung ihrer eigenen Region vorsieht.

Christian Köhler
Regionalrat



Wasserstoff statt Windkraft.

von Dipl.-Ing. Holger Dorn (Fraktion AfD/FR der Regionalversammlung, Verband Region Stuttgart)



Wir, die AfD/FR-Fraktion im VRS, unterstützen die Wasserstoffstrategie der Region Stuttgart. Diese umfasst die Förderung ausgewählter Projekte zu Erzeugung, Transport, Speicherung und Verwendung von Wasserstoff im Rahmen der

Wirtschaftsförderung und soll Entstehung und Ansiedlung entsprechender Technologiefirmen unterstützen.

Um die Bedeutung und Vorteile von Wasserstoff (H_2) für die Zukunft der Wirtschaftsregion darzustellen, müssen wir etwas ausholen:

1. **Warum steht H_2 im Fokus?**
2. **Welches Potenzial liegt in der Nutzung von H_2 , insbesondere für die Region Stuttgart?**
3. **Welche Randbedingungen begünstigen oder erschweren den Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft?**
4. **Welchen Einfluss kann der VRS nehmen?**

Zu 1.) Wasserstoff ist hoch reaktiv und reagiert mit Luft bzw. dem darin enthaltenen Sauerstoff über einen weiten Mischbereich heftig bis explosiv. Wasserstoff ist Bestandteil

fast aller Substanzen der organischen Chemie, u. a. der flüssigen oder gasförmigen Kraftstoffe (Kohlenwasserstoffe wie Erdgas, Benzin, Diesel).

Ein wesentliches industrielles Verfahren zur H_2 -Gewinnung ist die Dampfreformierung, wo unter hoher Temperatur und Druck beispielsweise aus Methan (aber auch Kohle oder Holz wären in vergleichbarem Verfahren einsetzbar) in Verbindung mit Wasserdampf über Zwischenschritte neben Kohlenstoffmonoxid oder -dioxid Wasserstoff (H_2) mit einem Wirkungsgrad von etwa 60-70 % entsteht.

Soll CO_2 vermieden werden, kann der Kohlenstoff abgeschieden werden. Mit Power-to-Gas als Alternativverfahren kann mittels elektrischen Stroms über die Wasserelektrolyse H_2 erzeugt werden. Diese Methode ist aber nur wirtschaftlich, wenn große Mengen günstiger und nach Möglichkeit grüner elektrischer Energie zur Verfügung stehen. Spezielle Brennstoffzellensysteme, sogenannte Elektrolyseure, arbeiten nach diesem Prinzip, benötigen aber hoch destilliertes Wasser als Zufuhrmedium.

Einzig gangbare Wege zur Erzeugung grünen oder blauen Wasserstoffs für eine CO_2 -Reduktionsstrategie sind mittelfristig (a) die Elektrolyse aus Wasser mit überschüssigem, regenerativ erzeugtem Strom und (b) die Thermische Konversion (Dampfreformierung oder Partielle Oxidation wie z.B. Pyrolyse aus Erdgas, vgl. [1]) mittels grünen Stroms in Kombination mit beispielsweise CO_2 -Speicherung.

H_2 lässt sich in Verbindung mit Luft(-sauerstoff) verbrennen und so als Brenngas zum Heizen, aber auch direkt in Verbrennungsmotoren oder zur Erzeugung elektrischer Energie mittels Brennstoffzellen nutzen. Auch wenn Speicherung und Transport nicht einfach sind aufgrund der geringen volumetrischen Energiedichte (üblich ist die Hochdruckspeicherung mit 200 bar, 350 bar oder 700 bar sowie kryogen, also unter ihren üblichen Siedepunkt bis auf $-240^\circ C$ bei 13 bar abgekühlt), so ist die (gravimetrische) Energiedichte eines Kilogramms Wasserstoff doch ungleich höher als die Energie, die sich in einem Kilogramm Batteriezelle speichern lässt (120 MJ/kg [1] ungefähr zu 900 kJ/kg = 250Wh/kg).

Daraus ergeben sich Anwendungen für elektrifizierte Verkehrsmittel, insbesondere Lastverkehre auf Mittel- und Langstrecke, für den Schiffsverkehr - in Konkurrenz zum Dieselantrieb - und für Flugzeuge. Insbesondere um die knappe Ressource grüner Wasserstoff konkur-

riert der Verkehrssektor aber mit anderen industriellen Anwendungsbereichen für H_2 , beispielsweise der Stahl- oder Zementindustrie.

Der Transport von H_2 über geeignete Pipelines ist möglich, bei Mischung mit Erdgas bis ca. 14 % Volumenanteil sogar mit herkömmlichen Leitungen ([2] gibt gar 30% an). In Mischung können auch Gastherme mit variabler DüsenEinstellung und Brennwertregelung solche Methan-/Wasserstoffgemische in großem Mischungsverhältnis nutzen.

Zu 2.) Die Region Stuttgart hat wenig natürliche Ressourcen und **eignet sich kaum zur Stromerzeugung mit Windkraft**, insofern ist hier eine mengenmäßig bedeutende Wasserstofferzeugung nur eingeschränkt sinnvoll (sieht man einmal von der Nutzung von Erzeugungsspitzen der Photovoltaik ab).



Da Wasserstoff aber unterschiedliche Anwendungsmöglichkeiten hat, bietet sich den vielen innovativen Unternehmen ein weites Feld für die Entwicklung zukünftiger Produkte. Mitnichten fokussieren Sinn und Zweck der H_2 -Nutzung dabei nur auf die Frage des Gesamtwirkungsgrads aus Erzeugung und Umwandlung. „Grüner“ Wasserstoff wird spätestens dann wirtschaftlich attraktiv werden, wenn im Zuge des massiven Ausbaus „regenerativer“ Energien z. B. an der Küste und zur Abfederung der sich daraus ergebenden starken Schwankungen bei der Erzeugung (überschlägig: Faktor 4 zwischen Schwachwind und Starkwindzeiten) zeitweise gewaltige Mengen an Überschussenergie zwischengespeichert werden müssen.

Der Begriff Wasserstoffwirtschaft beschreibt ein komplettes „Ökosystem“ von Komponenten und Systemen, das auf der **effizienten Nutzbarmachung von Wasserstoff** in verschiedenster Form und somit unterschiedlichster Lösungen basiert: innovative Verbrennungsverfahren, Thermotechnik, Brennstoffzellensysteme für mobile Anwendungen/Notstromversorgung/Spitzenlastpufferung, Komponenten der Mediendosierung, Sensorik, Leistungselektronik, effiziente Betriebs- und Regelstrategien usw. und eine damit verbundene Forschungs- und Entwicklungslandschaft.

Am Beispiel PEM-Brennstoffzellensystem: Die Herstellungskosten für den gehäuteten Zellenstapel machen die Hälfte der Gesamtkosten eines Brennstoffzellensystems aus, die andere Hälfte entfällt auf Nebenaggregate und Mediendosierung (die sogenannten BOP-Komponenten) [3]. Bezieht man Kühlsystem, Umrichtertechnik als Netzleistungsschnittstelle usw. mit ein, wird ersichtlich, wie umfangreich der „Komponentenzoo“ eines Brennstoffzellensystems ausfällt.

Zum Vergleich: Bei einer HV-Batterie entfallen 60-70 % der Kosten allein auf die Zellen (davon wiederum 70-75% auf Material- und Anlagenkosten [4]). Viele Technologien im „Ökosystem Wasserstoffwirtschaft“ wechselwirken mit anderen Anwendungsfeldern (so ist es einem elektrischen Antrieb letztlich egal, ob er seinen Strom aus einer Batterie, aus dem Stromnetz oder einer Brennstoffzelle bezieht, da der Umrichter den Strom passend wandeln muss). Die Märkte hierfür müssen nicht zwangsläufig vor unserer Nase liegen.

Merke: eine effiziente Technologie spart Ressourcen auch dann, wenn ein darauf basierendes Produkt exportiert wird und im Ausland seine Arbeit verrichtet.

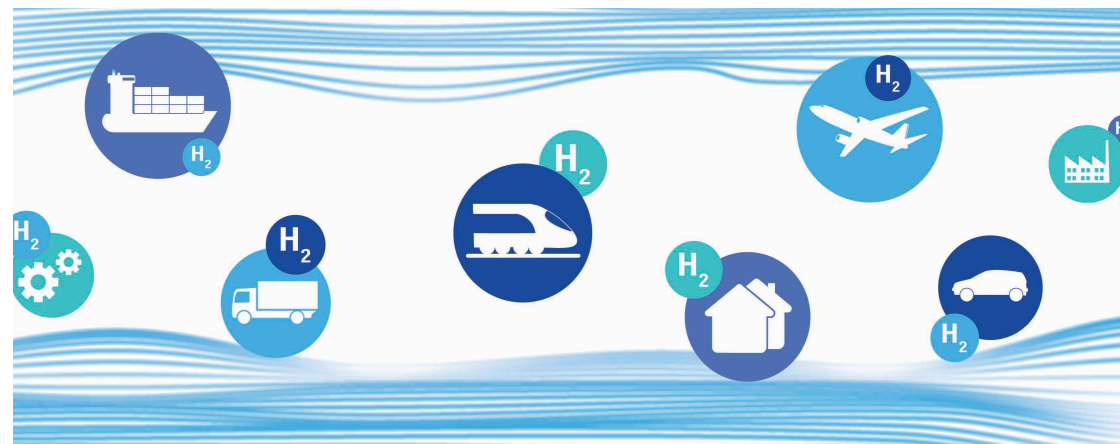
Zu 3.) Ist-Stand in Deutschland: Wasserstoffinfrastruktur ist bisher nicht vorhanden (bundesweit nur 96 H_2 -Tankstellen, normalerweise Druckwasserstoff 200-350 bar).

Signifikante CO_2 -Reduktion erfordert große Mengen blauen oder grünen Wasserstoffs – diese Erzeugungskapazität ist bisher nicht vorhanden. Der H_2 -Preis deutlich zu hoch für konkurrenzfähige Anwendung (ca. 9,50 EUR/kg). Für Mobilitätsanwendung ist mindestens eine Preishalbung notwendig.

Wie oben beschrieben, macht der Ausbau „regenerativer“ EnergiediErzeugung „grünen“ Wasserstoffs aus elektrischem Strom erforderlich, da es bisher (und insbesondere in Mitteleuropa) kaum andere Speichermöglichkeiten im großtechnischen Maßstab gibt.

Selbst wenn die Stromtrassen von den Windparks der Nordsee in die Industriezentren im Süden bereits stünden, wären die enormen Erzeugungsschwankungen, die außerdem von Verbrauchsspitzen und Schwachlastzeiten entkoppelt sind, kaum durch Verbrauchsmanagement aufzufangen. Mittels Elektrolyse kann es langfristig gelingen, eine Wasserstoffwirtschaft zu „begrünen“.

Randbedingungen, wie sie durch die Bundespolitik und auf EU-Ebene gesetzt werden, sind in Summe allerdings kaum geeignet, eine verlässliche Basis für Investitionen in



Wasserstoffherzeugung und die Entwicklung im Rahmen einer Wasserstoffwirtschaft zu schaffen. Regulatorische und mit Steuergeld finanzierte Fördermaßnahmen können entgegengerichtete marktwirtschaftliche Faktoren nie ganz ausschalten; ebenso wenig ist das Fehlen marktwirtschaftlicher Anreize ersetzbar. Werden insbesondere Entwicklungszyklen für neue Produkte und Investitionszyklen (z. B. die Laufzeit einer neuen Heizung) missachtet, kann kein neuer Markt entstehen.

Ein paar Beispiele, wo die Strategie von EU und Bund durch ihre Ausschließlichkeit fehlläuft: Gegenwärtig ist ein Großteil des verfügbaren Wasserstoffs „grau“ (aus Erdgas reformiert). Wenn Abstufungen wie „blauer“ (Kohlenstoffabscheidung durch CCS) oder „türkiser“ (Methanpyrolyse) Wasserstoff benachteiligt und in erster Linie die Verwendung „grünen“ Wasserstoffs begünstigt wird [5], gleichzeitig aber die (noch) geringe Menge „grünen“ Wasserstoffs durch z. B. die Stahlindustrie bereits komplett aufgebraucht wird,

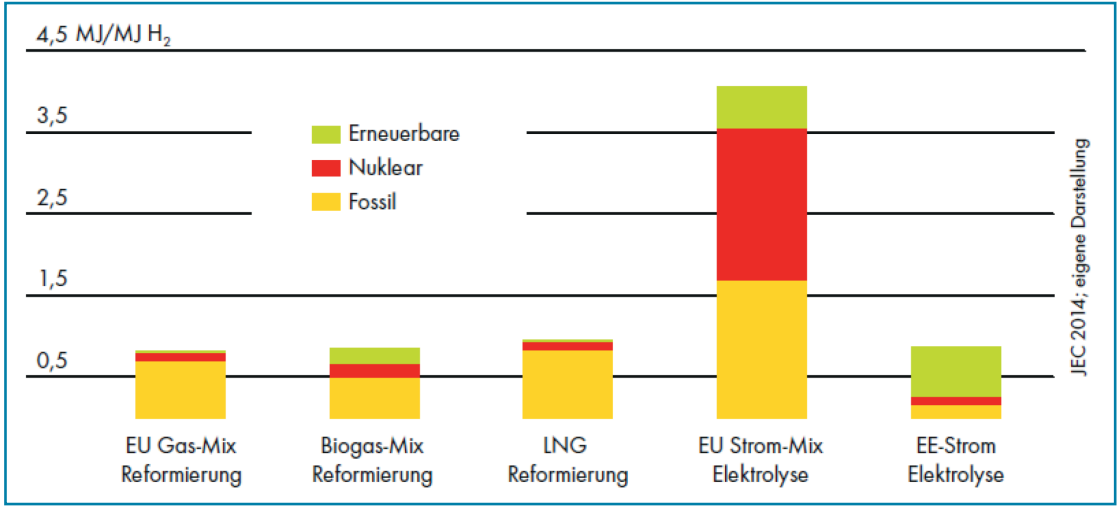


Abbildung 1: Energieaufwand der Wasserstoffbereitstellung (Quelle: [1])

laufen wir zwangsläufig in ein Preis- und Mengenproblem auf der Erzeugerseite. Auch der Energieaufwand für die Wasserstoffbereitstellung weist das aus (Abbildung 1).

Der Ausbau einer Infrastruktur kann durch regulatorische Vorgaben nur langsam erfolgen. Wird die Entwicklung neuer Produkte vorschnell auf CO₂-Neutralität verpflichtet, können sich keine Übergangstechnologien etablieren und Flexibilität geht verloren (Fokus auf Wärmepumpe statt auf „H₂-ready“-Gastherme; E-Fuels müssen CO₂-neutral über die komplette Erzeugungskette hin sein; das Verbrennerverbot ab 2035 verhindert letztlich auch H₂- oder Erdgaseinblasung für Dieselmotoren).

Es wird zwanghaft versucht, Windkraftanlagen selbst in wenig windhöffigen Regionen zu erzwingen ohne Bedingung von Ausgleichsmaßnahmen zur Netzstabilisierung; gleichzeitig werden grundlastfähige Kraftwerkskapazitäten abgebaut (AKW).

Strom bleibt nicht zuletzt durch staatliche Abgaben und falsche Randbedingungen zu teuer [6]. In Summe ergibt sich ein diffuses Bild, das zielgerichtete Investitionen in die Entwicklung neuer Produkte erschwert und eine Planbarkeit für Energieversorger bis hin zum Endverbraucher nahezu unmöglich macht.

Zu 4.) Soll die Exportstärke und Innovationskraft unserer Region auch in der Zukunft bestehen, besteht Handlungsbedarf. Statt klein zu denken, müssen wir anerkennen, dass die Region Stuttgart ein wesentliches Kraftzentrum der deutschen Wirtschaft ist und dies unser Leben hier in vielfältiger Weise prägt. Wasserstoff ist ein Baustein dafür, dass das so bleibt.

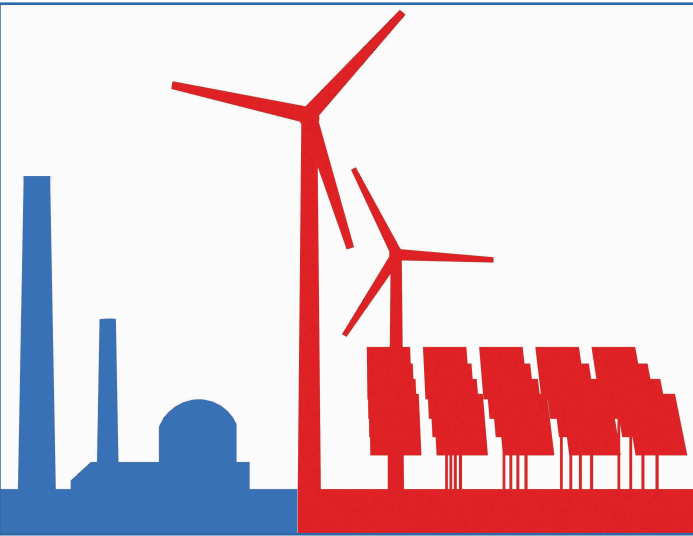
In der Bilanz fließt ein Großteil der Finanzmittel, die der Verband Region Stuttgart (VRS) ausgibt, in den öffentlichen Personennahverkehr.

Einige Millionen Euro Fördermittel, welche der VRS an unterschiedliche Projekte im Rahmen der Wasserstoffförde-

rung vergibt (bis einschließlich 2023 5 Mio. EUR, für 2024 bis zu 15 Mio.), sind letztlich nur Akzente im Vergleich zu den Investitionen, die Unternehmen wie Bosch, Cellcentric, Mahle etc. hier tätigen. Fokus des VRS liegt hier auf der gezielten Förderung ausgewählter Pilotprojekte, bevorzugt mit Startup-Charakter, und der Verbesserung der Wasserstoffinfrastruktur. Zu Auswahl und Bewertung solcher Förderprojekte gibt es einen

eigenen Ausschuss, der hier mit der Wirtschaftsförderung Region Stuttgart (einer Tochtergesellschaft des VRS) zusammenarbeitet.

Bei der Schaffung günstiger Randbedingungen kann der VRS ungleich mehr bewegen als durch die direkte Finanzförderung, beispielsweise

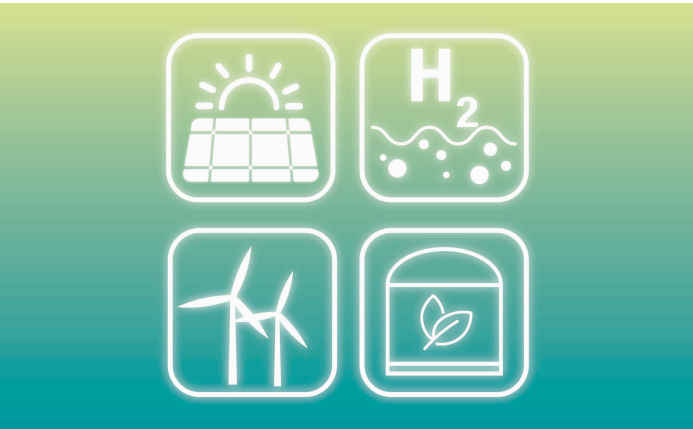


- als Modellregion Grüner Wasserstoff („H₂ GeNeSiS“, koordiniert durch die Wirtschaftsförderung und mit entsprechenden Landesfördermitteln ausgestattet) und
- indem er die Ausweisung von Gewerbeflächen vor allem für zukunftsfähige Technologien und innovative Unternehmen erleichtert oder
- über die Wirtschaftsförderung Gründer berät und ihnen Netzwerke bietet.

Die geplante Modellregion „H₂ GeNeSiS“ in der Region Stuttgart setzt auf ein ausgedehntes Verteilernetz, den sogenannten „H₂-Marktplatz“. Herzstück soll eine reine Wasserstoff-Pipeline entlang des Neckars werden, entlang deren Verlaufs sich Erzeuger und Anwender reihen [7].

Wir als Fraktion AfD/FR im VRS unterstützen diesen Ansatz und insbesondere den Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft nach Kräften.

Wo möglich versuchen wir, die Umsetzung unsinniger und widersprüchlicher Vorgaben von EU, Bund und Land zu verhindern oder zumindest abzuschwächen.



Prägnantes Beispiel: das Flächenziel für Windkraftanlagen oder **Idioten wie die CO₂-Neutralität unserer Region** lehnen wir als umweltschädlich, als ineffiziente Ressourcenverschwendung oder nicht in realistischen Zeiträumen umsetzbar ab. Wir müssen die in der Region vorhandenen finanziellen Ressourcen optimal einsetzen; alles andere ist sowohl wohlstands- wie zukunftsgefährdend. Das Prinzip muss sein: Geld, das Unternehmen und Bürger in neue Technik investieren sollen, müssen sie vorher erwirtschaftet haben.

Nächstes Jahr wählt Europa, und auch die Regionalversammlung wird neu gewählt. Letztlich wird die AfD mit den anderen bürgerlichen Kräften in der Region nur die Oberhand gegenüber grün-linken Spinnereien behalten können, wenn Sie als Wähler uns Ihr Vertrauen schenken.

Quellen:

- [1] Shell Studie: „Wasserstoff – Energie der Zukunft? Nachhaltige Mobilität durch Brennstoffzelle und H₂“ (2017)
- [2] <https://www.enbw.com/unternehmen/eco-journal/wasserstoff-im-erdgasnetz.html>
- [3] ZSW
- [4] „Batterien für Elektroautos: Faktencheck und Handlungsbedarf“, Fraunhofer ISI
- [5] „Aktionsplan 2021-2025“ des Nationalen Wasserstoffrats und die „Nationale Wasserstoffstrategie“
- [6] Sonderbericht des Bundesrechnungshofs aus 2021
- [7] https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/zwei-modellregionen-fuer-gruenen-wasserstoff/?&pk_medium=newsletter&pk_campaign=210820_newsletter_weekly&pk_source=newsletter_weekly&pk_keyword=wasserstoffwirtschaft